

Zeichen für die nächste Generation

Das vom Grossen Rat angenommene Budgetpostulat ist ein Erfolg für die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Neomi Agosti

Die Jugendarbeit Basel (JuAr) ist seit 1942 die grösste und bedeutendste Organisation der Basler Jugendarbeit. Die JuAr betreibt unter anderem acht Jugendhäuser, ein Mädchentreff, die Jugendberatung und der Basler Ferienpass. Ein Drittel ihrer Finanzierung mobilisiert der Verein über Stiftungsbeiträge, für den Rest der Finanzhilfe ist das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt zuständig.

Die Teuerung macht sich dieses Jahr auch in der Schweiz bemerkbar und eine Nicht-Erstattung des Teuerungsausgleichs hätte für die JuAr fatale Folgen. Es droht der Stellenabbau und die Schliessung von Angeboten. Gemäss Staatsbeitragsgesetz des Kantons Basel-Stadt gibt es in der Regel bei Finanzhilfen erst einen Teuerungsausgleich, wenn die Personalkosten mindestens 70 Prozent der gesamten Betriebskosten ausmachen. Die JuAr liegt mit ihren 68 bis 69 Prozent knapp darunter.

Teuerungsausgleich knapp verpasst

Christian Platz, Vorstandsmitglied der JuAr, erklärt die Hintergründe: «Früher wurden uns die Liegenschaften vom Kanton zur Verfügung gestellt, jetzt bezahlen wir Miete.» Das Problem sei besonders, da seit der Finanzreform der Immobilienpreis analog zu kommerziell genutzten Liegenschaften geschätzt werde.

«Wir erzielen mit unseren Liegenschaften kein Gewinn. Unsere Dienstleistungen sind gratis», führt Platz aus. «Die kommerziellen Immobilienpreise treiben den Liegenschaftspunkt auf unserer Jahresrechnung in die Höhe. Wenn sie nicht so hoch wären, hätten wir unsere 70 Prozent an Personalkosten erreicht.» «Wir bezahlen unse-



Die Jugendarbeit Basel führt insgesamt 19 operative Einheiten. Eine davon ist das Jugendzentrum Chillout.

Bild: Nicole Nars-Zimmer

ren Leuten einen Teuerungsausgleich von zwei Prozent, wenn wir schon keine substanzielle Lohnerhöhung vornehmen können. Da gibt es keine Diskussion», sagt Christian Platz. Die Löhne sind zu tief, es sei schwer, qualifiziertes Personal zu finden.

Die faire Behandlung ihrer Mitarbeitenden kommt der JuAr teuer zu stehen. Mit zirka 100 000 Franken Defizit jährlich müssten sie rechnen, wenn sie den Teuerungsausgleich vom Kanton nicht erhielten. «Wir haben gewisse Rücklagen, aber die halten nicht ewig», bedauert Platz. Spätestens 2025 müsste die JuAr mehr Geld erhalten, sonst müssten sie beginnen, ihre Angebote zu kürzen. Das würde im Widerspruch mit der Zunahme von Kindern, Jugendlichen

und jungen Erwachsenen im Kanton Basel-Stadt stehen, die seit 2011 bestehe. Für Platz ist klar: Stellenabbau und Schliessung ist keine Option.

Darum haben sie sich der Interessensgemeinschaft Kinder und Jugendliche (IG KiJu) angeschlossen. Die Basta-Grossrätin Heidi Mück ist Co-Präsidentin der IG KiJu und setzt sich für eine Budgetanpassung der offenen Kinder- und Jugendarbeit für die nächste Periode ein.

1,5 Millionen für die Generation von morgen

Der Vorstoss wurde am Mittwoch im Grossen Rat behandelt. Das vorgezogene Budgetpostulat verlangt eine Erhöhung von 1,5 Millionen Franken per Budget 2024. «Die Organisationen der

offenen Kinder- und Jugendarbeit kämpfen schon lange für mehr Geld», sagt Heidi Mück.

Die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen habe zugenommen. Damit steige der Bedarf an diversen Unterstützungsangeboten, heisst es in der Vorlage. Fast alle Trägerschaften würden einen Mehrbedarf anmelden, der über die Teuerung hinausgehe.

«Das Timing ist perfekt», antwortete Mück auf die Frage, warum sie das parlamentarische Mittel eines vorgezogenes Budgetpostulat gewählt hatte. Alle vier Jahre werden die Verträge für alle Institutionen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem Erziehungsdepartement neu verhandelt. Diesen Frühling stehen die Verhandlungen

wieder an. «Jetzt geht's darum, dem Erziehungsdepartement für die Beitragsverhandlung einen finanziellen Spielraum vorzuschlagen», sagt Mück. Sie rechtfertigt die hohe Summe: «Wir wollen es dieses Mal anders machen, damit es nicht bei kleinen <Tröpfli> auf einem heissen Stein bleibt, die am Ende fast nichts bringen.»

Mück sagt im Grossen Rat: «Kinder und Jugendliche sind die Zukunft, aber sie brauchen unsere Hilfe jetzt.» Mehrere Einzelrednerinnen und Einzelredner hoben die nötige Lohnanpassung von Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendarbeit hervor. Bei der Abstimmung im Grossen Rat wurde das Budgetpostulat mit 53 Ja- zu 31 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen angenommen.